



Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

Unsere Analyse rund um die Corona-Krise¹

SEHEN

Ausgehend vom Leben junger Menschen in der CAJ haben wir in den Wochen der Kontaktbeschränkungen und in den Monaten danach Lebenssituationen wahrgenommen, die einem gelingenden Leben, das sich am Wohle der Menschen ausrichtet, entgegen stehen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und vor allem der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung waren und sind für uns alle deutlich spürbar. Adrian, 25, sagte im April 2020: „Es schränkt mich sehr ein, aber es ist eben zum Wohle aller, dass wir mal zum Hausarrest verdonnert wurden. (...) Ich hoffe, dass der Hausarrest so schnell wie möglich aufgehoben wird, damit ich wieder normal arbeiten kann und vor allem zu meinen Eltern und Großeltern gehen kann.“ Mittlerweile arbeitet Adrian wieder vor Ort. Doch es wurde ein neues Schicht-System eingeführt, das die Arbeitsbedingungen für ihn auf unbestimmte Zeit hin verschlechtert. Eine räumliche Abgrenzung von Freund*innen, der Familie und sozialen Kontakten insgesamt führten in Zeiten der Kontaktbeschränkungen bei vielen jungen Menschen zu einem Gefühl der Isolation und des Alleinseins. Auch wenn viele Maßnahmen vollkommen nachvollziehbar waren, zogen sie dennoch bei vielen Menschen eine hohe emotionale Belastung nach sich, mit der sie häufig auf sich alleine gestellt waren. Vielerorts fehlt es an Möglichkeiten, die Erfahrungen von Gewalt und Depressionen angemessen aufzuarbeiten.

Darüber hinaus spitzen sich in unter dem Einfluss der Corona-Krise andere gesellschaftliche Missstände, Widersprüche und Ungerechtigkeiten zu. Auf diese Aspekte der Krise wollen wir nun unser Augenmerk richten.

Unsere Zeit und Lebenskraft werden ausgebeutet!

Die veränderten Bedingungen in Schule, Ausbildung und Beruf belasten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonders. Da Schulen geschlossen wurden, verlagerte sich das Lernen auf den

¹ Die Stellungnahme wurde in der ersten Fassung am 30.4.2020 verabschiedet. Ende September/Anfang Oktober 2020 wurde sie im Blick auf die weiteren Entwicklungen aktualisiert.

30 privaten Raum. So berichtete eine Auszubildende zur Rechtsanwaltsfachangestellten (28) davon,
31 dass sie immer von der Schule Aufgaben bekam, die sie an den Tagen erledigen musste. Ihr Chef
32 sah aber den Schulausfall als freie Zeit und verpflichtete sie deshalb, Vollzeit zu arbeiten. Darüber
33 hinaus durfte sie generell (also auch vor Corona) während ihrer Arbeitszeit nichts für die Schule
34 machen. Das bedeutete de facto für sie, dass sie 100% arbeitete und etwa 40% Schule hatte. In der
35 Zeit, in der die Schulen geschlossen waren und von zuhause gelernt werden musste, wurde deutlich,
36 dass sowohl bei Lehrer*innen als auch Ausbilder*innen oft das notwendige Wissen im Umgang mit
37 digitalen Medien fehlt. Hinzu kommt, dass digitale Angebote zwar gut zur Wissensvermittlung sind,
38 sie aber bei kreativen Lösungen an ihre Grenzen stoßen. Seit die Schulen wieder geöffnet sind, zeigt
39 sich deutlicher als zuvor, dass die räumlichen Gegebenheiten oft nicht das jetzt Notwendige
40 hergeben.

41 In den Zeiten zwischen Schule und Ausbildung sowie Ausbildung und Beruf war es schwierig
42 Übergänge wie Abschlussrituale zu gestalten. Die Bewerbungsprozesse sind in schwierige Zeiten
43 gefallen, auch liefen Berufsorientierung und Bewerbungstrainings nur eingeschränkt oder gar nicht.
44 Die Unsicherheit der Ausbildungsstätten, ob sie Auszubildende einstellen können bzw. ob sie ihnen
45 Sicherheit bieten können, ist für die Auszubildenden bemerkbar

46 Im Bereich der Erwerbsarbeit arbeiteten viele junge Menschen im Homeoffice, in Schichtarbeit oder
47 aber unter neuen Umständen vor Ort. Diese Veränderungen erforderten von Seiten der jungen
48 Menschen eine Umstellung, für die häufig wenig Raum ist. Es wurde erwartet, dass die gleiche
49 Leistung wie zuvor erbracht wird. Eine Verlagerung der Tätigkeiten ins Home Office bringt jedoch
50 häufig eine noch stärkere Entgrenzung der Erwerbsarbeit und des Privatlebens mit sich. Besonders
51 deutlich zeigt sich dieses Problem, wenn zuhause neben der Arbeit auch noch Kinder betreut
52 werden müssen: „[W]ir können ja beide im Homeoffice arbeiten und das gilt als zumutbare Form
53 der Kinderbetreuung. Zumutbar!? Ich frage mich, ob sich diejenigen, die sich um die Ausgestaltung
54 der Gesetze kümmern, nicht vorstellen können, dass es unmöglich ist, mit zwei kleinen Kindern
55 parallel zu arbeiten.“ (Sandra, 33).

56 Darüber hinaus müssen die meisten, die nun wie Caro (31) von zuhause aus arbeiten, ihre eigenen
57 Ressourcen mit einbringen und zusehen, wie sie ihre Arbeitstätigkeit organisieren: „Homeoffice ist
58 schwierig, weil wir nicht für Homeoffice ausgestattet sind! (...) Es gibt in der eigenen Wohnung
59 eigentlich keine Möglichkeit, um ordentlich zu arbeiten: Es gibt keinen Schreibtisch; am Esstisch ist
60 kaum Platz und der ist nicht fürs Arbeiten gemacht. (...) Bildschirm, Tastatur und Maus konnten aus
61 dem Büro mitgenommen werden, was aber auch nur ging, weil ich ein Auto hatte. Arbeite ich doch
62 mal im Büro, nehme ich halt alles wieder mit. Ich sehe es nämlich nicht ein, nur am Laptop zu
63 arbeiten, weil ich davon Schmerzen bekomme. Ich nutze mein privates Telefon und Internet (...). Es
64 erfolgt deutlich mehr Kommunikation auf privaten Kanälen. Zum Beispiel habe ich seit heute frei,
65 hatte aber heute früh schon eine Whatsapp-Nachricht von meinem Chef.“ Mit den Schmerzen, von
66 denen Caro spricht, ist sie kein Einzelfall. Dass viele Menschen zu Hause keine arbeitsergonomisch
67 angemessene Büroausstattung besitzen und sie auch nicht von den Betrieben erhalten, kann
68 langfristig starke gesundheitliche Folgen nach sich ziehen.

Wir erleben auch, dass einige Unternehmen die Möglichkeit der Kurzarbeit ausnutzten. Dies führt zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung und damit zu Stress und Druck bei den Arbeitenden. Unternehmen nutzten die Situation aus, um Kosten zu sparen und setzten damit die Gesundheit der Mitarbeitenden aufs Spiel. Michaela (28) berichtet deutlich: „Wir müssen im Betrieb Kurzarbeit machen, auch wenn dies gar nicht nötig ist. Zwangskurzarbeit nutzt die staatlichen Regelungen aus, denn eigentlich hat sich die Auftragslage nicht geändert. So kommt es zu einer Arbeitsverdichtung. Es geht stur um Kostenersparnis und das nervt, denn in der Nachfrage nach unseren Produkten hat sich nix verändert. Der Handwerksbereich läuft einfach weiter. Der Onlinehandel bestellt auch eher mehr Ware. Es geht einfach darum, weniger Ausgaben für das Personal zu haben.“ Manche Unternehmen, auch das, in dem Michaela arbeitet, nutzen die Kurzarbeit bis heute aus und beuten damit ihre Mitarbeitenden noch stärker aus. Sie nutzen auch auf perfide Weise die öffentlichen Gelder aus.

Besondere Einschränkungen erlebten junge Angestellte im Gesundheits- und Pflegebereich. Sie konnten kaum private Planungen vornehmen, da Arbeitszeiten stark ausgeweitet wurden und sie selbst häufig auf Abruf standen, zurück in den Dienst zu gehen. Das erschwerte das Pflegen von Beziehungen ebenso wie das ehrenamtliche Engagement. Das Wissen um die Notwendigkeit eines funktionierenden Gesundheits- und Pflegesystems schafft einen erhöhten Druck unter den Mitarbeitenden. Unter dem Gesichtspunkt, dass gerade in diesen Bereichen in den letzten Jahrzehnten unter Kostendruck massiv Personal eingespart wurde, wird das Leiden der Beschäftigten besonders deutlich: schon vorher waren viele Pflegende überlastet, und diese Überlastung verschärfte sich nun. Aufgrund der Personalknappheit standen auch Pflegende und Ärzt*innen, die selbst Krankheitssymptome hatten, unter dem Druck, trotzdem zu arbeiten. Damit trug die Überlastung auch zur Verbreitung der Krankheit in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bei.

Auch sonst ist es auffällig, in welchen gesellschaftlichen Feldern selbst in Zeiten des sogenannten Lockdowns weiter gearbeitet wurde. Auch in Wirtschaftsbereichen, die dem Aufrechterhalten der Lebensfähigkeit des Menschen nicht dienen, wurde die Arbeitstätigkeit weiter vorangetrieben und damit in Kauf genommen, dass Arbeitende sich gesundheitlichen Risiken aussetzten. Diese Bereiche waren häufig genau die, die sich aufgrund hoher Gewinne eine gute Lobby leisten können und somit Macht haben, auf politische Entscheidungen zu ihren Gunsten einzuwirken, wie etwa die Waffenindustrie.

Es findet eine autoritäre Ausgrenzung und Entmündigung statt!

Staatliche Regelungen zum Schutz vor der Corona-Pandemie dienen letztlich dem Schutze der Menschen. Dennoch zeigt sich deutlich, dass Entscheidungen vor allem auch zum Wohle der Wirtschaft getroffen wurden und werden. Während bereits seit Beginn der Pandemie das persönliche soziale und religiöse Leben stark eingeschränkt wurde, wurde die Erwerbsarbeit im Rahmen der Wirtschaft kaum niedergelegt. Es zeigte sich, wie stark unser System auf das kapitalistische Wirtschaften ausgerichtet ist. Diese Fokussierung geht – nicht nur in der Corona-

Stellungnahme der Bundesleitung der CAJ Deutschland – Oktober 2020

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

Krise – zulasten der Menschen. Die Gesundheit ist wichtiger als soziale Kontakte, Bildung, Kultur und psychisches Wohlergehen. Doch die industrielle Produktion wird noch über die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen gesetzt. Dem entspricht auf der anderen Seite, dass unser Wirtschaftssystem vom Konsum abhängig ist, weshalb in der Bearbeitung der Krise etwa mit der Mehrwertsteuersenkung undifferenziert jeglicher Konsum gefördert wird.

Im Zuge der Kontaktbeschränkungen wurden nicht nur Gottesdienste oder auch Freizeitaktivitäten untersagt, sondern auch viele Formen der politischen Teilhabe und Mitbestimmung konnten nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden. Zwar wurden innovative Möglichkeiten gefunden, sich digital zusammenzuschließen. Doch ebenfalls wichtige persönliche Treffen konnten lange nicht stattfinden. Selbst in den Sommermonaten, als die Einschränkungen weniger stark waren, fehlten vielfach große und günstige Räumlichkeiten, die groß genug sind, um sich unter Corona-Auflagen zu treffen. Die zivilgesellschaftliche Mitgestaltung wird durch die mangelnde öffentliche Infrastruktur in diesem Bereich und materielle Ungleichheiten gehemmt. Bestehende Ungleichheiten in den Möglichkeiten gesellschaftlicher Mitbestimmung wurden verstärkt.

Mit der Lockerung der Verbote fanden vermehrt Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie statt, die von extrem Rechten Akteur*innen und Verschwörungsgläubigen geprägt waren. Wir nehmen wahr, dass sehr unterschiedliche Gruppen gemeinsam mit extrem Rechten und extrem rechten Symbolen auf die Straße gehen. Wir lehnen es klar ab, gemeinsam mit extremen Rechten zu demonstrieren! (vgl. unseren Beschluss „Wir widersetzen uns der Normalisierung der extremen Rechten“: [Link](#)) Wir nehmen wahr, dass im Bereich der Erwerbsarbeit häufig verantwortungslose Entscheidungen autoritär getroffen wurden, welche Schutzmaßnahmen in welchem Ausmaß ergriffen wurden – auch wenn es inzwischen immerhin staatliche Regelungen zum Schutz am Arbeitsplatz gibt. Dabei hatten die Entscheidungsträger*innen häufig wenig Bewusstsein für den tatsächlichen Arbeitsalltag der Menschen und nahmen deren Rückmeldungen und Bedarfe nicht ernst. Eine Mitbestimmung von Seiten der direkt Betroffenen ist nicht möglich. Damit verschärft sich, dass in vielen Bereichen auch sonst die Mitbestimmungsmöglichkeiten und demokratischen Entscheidungen in den Betrieben nicht stark genug sind. Besonders betroffen sind auch hier wieder Berufe aus dem Pflege- und Gesundheitswesen. Eine Ärztin (30) berichtet etwa davon, dass ihre Krankenhausleitung zeitweise vermied, das Personal auf COVID-19 zu testen, um zu verhindern, dass zu viele Angestellte in Quarantäne gehen müssen. Aus anderen Arbeitsbereichen hören wir ähnliche Berichte. Und das gilt nicht nur bezüglich Schutzmaßnahmen, sondern etwa auch bei der Option Homeoffice zu machen: „Unser Geschäftsleiter will nicht, dass wir Homeoffice machen. Das ist ganz ungern gesehen. Das geht nur für EDV-Menschen und Risikopatient*innen. Warum weiß ich gar nicht so genau.“ (Michaela, 28). Das Misstrauen gegenüber den Angestellten ist in vielen Fällen so groß, dass viele Vorgesetzte nicht einmal für die Eindämmung der Pandemie bereit waren, Homeoffice zu erlauben. Ihre Angestellten liefen damit gegen den eigenen Willen Gefahr, sich selbst anzustecken und den Virus weiterzutragen. Für andere Arbeitende wurde das Home Office im Zuge der Corona-Krise erstmalig ermöglicht. Für einige hatte das die Auswirkung, dass sie wesentlich weniger Lebenszeit

Stellungnahme der Bundesleitung der CAJ Deutschland – Oktober 2020

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

146 mit dem Pendeln verbringen musste. Andere erlebten eine Entgrenzung ihrer Arbeitszeit ins
147 Privatleben hinein.

148 Durch die Schließung nationaler Grenzen erleb(t)en junge Menschen eine starke Einschränkung ihrer
149 Bewegungsfreiheit. Besonders betroffen waren zum Beispiel junge Menschen, die in
150 unterschiedlichen Ländern lebten und arbeiteten. Eine große Errungenschaft der europäischen
151 Gemeinschaft wird eingedämmt ob einer Willkür der erneuten Abschottung anhand der
152 Ländergrenzen, obwohl es keinen Grund dafür gibt, anzunehmen, dass nationale Grenzen für die
153 Verbreitung des Virus relevanter sind als etwa Grenzen zwischen Bundesländern oder Landkreisen.

154 Im Hinblick auf europäische Solidarität haben wir widersprüchliche Tendenzen wahrgenommen. In
155 den Grenzregionen mehrerer Länder wurden teilweise Menschen aus anderen Ländern im
156 Krankenhaus aufgenommen. Eine finanzielle Unterstützung zwischen den europäischen Ländern
157 konnte aufgrund nationalistischer Interessen erst nach harten Verhandlungen vereinbart werden.
158 Gleichzeitig war die Wirtschaftspolitik durchgehend von Standortnationalismus geprägt, was einer
159 europäischen und erst recht internationalen Solidarität widerspricht. „Wir profitieren in Deutschland
160 davon, dass in anderen Ländern, bspw. Italien härtere Sperren bestehen. So werden hier
161 Unternehmen besonders angefragt, da Konkurrent*innen in anderen Ländern nicht mehr arbeiten
162 dürfen. Aus diesem Grund werden Ausgangssperren in Deutschland nicht so stark gemacht.“
163 (Michaela, 28). Dieser Standortnationalismus eröffnet weiteren nationalistischen Strömungen die
164 Tore, die nationalistische Sichtweisen propagieren.

165 Geflüchtete, deren Situation auch unabhängig von einer solchen Krise durch Aus- und Abgrenzung
166 geprägt ist, leiden besonders unter den jetzigen Bedingungen, da sie kaum machtvolle
167 Fürsprecher*innen aufweisen können.

168 ***Wir erleben eine Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse!***

169 Wir sehen, dass die Maßnahmen zugunsten der deutschen Wirtschaft getroffen werden. Indem
170 deutsche Unternehmen weiter produzierten, während in anderen Ländern die Produktion
171 heruntergefahren wurde, verschafften sich deutsche Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil. Dies
172 förderte Prekarisierung und Arbeitslosigkeit in anderen Ländern. Diese destruktive nationalistische
173 Logik konterkariert die Idee der europäischen Solidarität.

174 Arbeitgeber*innen in hiesigen Betrieben nutzten die Situation aus und ordneten beispielsweise
175 Zwangskurzarbeit oder das Nutzen eigener Ressourcen wie PC, Telefon, Schreibtisch, etc. an. Wer
176 über diese Möglichkeiten nicht oder nur bedingt verfügte, war klar benachteiligt. Der Pflicht des
177 Unternehmens, für eine angemessene Arbeitsfähigkeit durch eine passende Ausstattung zu sorgen,
178 wurde häufig nicht nachgekommen. Kurzarbeit führte für viele Beschäftigte zu finanziellen
179 Einbußen. Gerade im unteren Lohnsektor brachten diese Einbußen existenzielle Nöte mit sich.

180 Insbesondere Menschen ohne geregeltes monatliches Einkommen und in informellen
181 Beschäftigungsverhältnissen leben in Folge der Corona-krise unter prekären Bedingungen.
182 Selbstständige und Arbeitende mit Werksvertrag hatten und haben häufig noch immer

Stellungnahme der Bundesleitung der CAJ Deutschland – Oktober 2020

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

Verdiensteinbußen, da ihre Tätigkeiten nicht in Anspruch genommen werden (konnten). Viele von ihnen fielen durch das Raster oder hatten nur einen erschwerten Zugang zu staatlichen Ausgleichsmaßnahmen und Hilfen. Christoph erzählte im April: „Eine Freundin arbeitet als Musiktherapeutin selbstständig für ein Altenheim. Um zusätzlich ein regelmäßiges Einkommen zu haben, arbeitet sie 15 Stunden in der Woche als Verkäuferin. Wegen dieses geringen regelmäßigen Einkommens hat sie nun aber keinen Anspruch auf die staatlichen Unterstützungsgelder für Selbstständige.“ Betroffen waren und sind auch Honorartätige. Auch wenn es sich dabei um Aufwandsentschädigungen handelt, machen die Einkünfte in vielen Fällen einen großen Teil des Einkommens mancher jungen Menschen, etwa Studierender, aus. Das Risiko wird hier einseitig auf die Arbeitenden abgewälzt. Prekär Beschäftigte sehen sich einer größeren Gefahr ausgesetzt, in noch unsicherere Verhältnisse zu geraten.

Darüber hinaus erlebten wir, dass viele Leiharbeiter*innen aufgrund von Corona nicht weiter einer Erwerbsarbeit nachgehen konnten, da es keine Arbeitsgelegenheiten gab. Weder Leiharbeitsfirmen noch die ausleihenden Unternehmen schützten ihre Mitarbeitenden und entließen sie in eine finanzielle und zumeist auch psychisch belastende Situation.

In anderen Wirtschaftsbereichen arbeiteten auch Arbeiter*innen mit Werkvertrag weiter. Insbesondere in der Fleischindustrie förderten sich die menschenunwürdigen und prekären Arbeitsbedingungen massiv die Verbreitung des Virus (vgl. unsere Stellungnahme zur Situation in der Fleischindustrie, [Link](#)).

Im Zuge der Krise litten besonders diejenigen unter der Situation, die eh schon benachteiligt sind: Junge Menschen, die aus finanziell weniger gut ausgestatteten Verhältnissen stammen, erhielten zuhause nicht die Unterstützung und die Ressourcen, die sie benötigten, und wurden etwa in der schulischen Bildung abgehängt. Familien, die sich nur kleine Wohnungen leisten können, saßen im Zeitraum der Kontaktbeschränkungen auf engstem Raum zusammen, was zu Spannungen führt, besonders wenn alle Haushaltsangehörige von zu Hause aus arbeiten, lernen oder Pflegetätigkeiten nachgehen müssen. Häufig reichen die räumlichen und materiellen Ressourcen nicht aus, um eine entsprechende Arbeits- bzw. Lernumgebung zu schaffen. Die Kosten für einen guten Internetzugang müssen in der Regel die einzelnen Menschen beziehungsweise deren Haushalte tragen. Diejenigen, die ein geringes Einkommen haben, sind besonders benachteiligt.

Wir sehen insgesamt, dass während der Krise der Bereich des Wohnens für viele junge Menschen zu einem Problem wird. Die bestehende Wohnungsnot hat sich während des Lockdowns massiv zugespitzt, sodass persönliche, räumliche und zwischenmenschliche Bedürfnisse nicht erfüllt werden konnten. Besonders prekär ist die Situation in Massenunterkünften, z.B. von Geflüchteten oder Leiharbeiter*innen, in denen der beengte Wohnraum auch die Verbreitung des Virus beschleunigt. Alleinlebende mussten mit dem Gefühl von Einsamkeit kämpfen, während Familien häufig mit zu wenig Raum auskommen müssen.

Normalerweise vorhandene Unterstützungsangebote, wie sie etwa auch die Jugendverbandsarbeit bietet, wurden über mehrere Wochen bis Monate von staatlicher Seite unterbunden und ihr Beitrag

zum gesellschaftlichen Gesamtgefüge nicht anerkannt. Lisa (26) erlebte dies in ihrer Tätigkeit für die CAJ alltäglich und erzählte im April 2020: „Ich denke, es ist wichtiger denn je, Angebote für junge Menschen zu schaffen, die sich in schwierigen familiären Situationen befinden, Probleme damit haben, zu Hause selbstständig zu lernen, oder häusliche Gewalt erleben. Der Fokus liegt momentan lediglich auf der schrittweisen Wiedereröffnung von Schulen, alle anderen sozialen Bereiche bleiben handlungsunfähig. Es ist uns nicht einmal möglich, in den Jugendtreffs eine Sprechstunde einzurichten, in der einzelne Jugendliche ein persönliches Gespräch mit den Mitarbeitenden führen können, um die Veränderungen verarbeiten zu können. Gerade diejenigen, die besonders stark gefährdet sind, werden mit digitalen Angeboten in der Regel nicht ausreichend erreicht.“

Die Macht der Geschlechterverhältnisse wird besonders deutlich!

Von den Auswirkungen der Krise sind Frauen besonders betroffen. Die tiefe Verwurzelung geschlechtsbezogener Diskriminierung und Ausbeutung von (v.a. weiblicher) Arbeitskraft tritt besonders zu Tage.

Denn gerade diejenigen Berufe, die zurzeit als systemrelevant gelten und die besonders beansprucht sind, sind Berufe, die häufig von Frauen ausgeübt werden. Dabei handelt es sich z.B. um pflegerische und erzieherische Berufe, ebenso wie die Arbeit im Supermarkt und im Einzelhandel. Im Bereich der entlohnten Care-Arbeit (z.B. in Krankenhäusern und Kitas), die häufig weiblich dominiert ist, finden sich viele Teilzeitbeschäftigungen, ein zu dünner Personalschlüssel und geringe Löhne. Das bedeutet, dass hier – mit sowieso schon bestehender Personalknappheit und geringer monetärer Entlohnung – die Lücke zwischen gesellschaftlicher Notwendigkeit und bestehender Wertschätzung der Arbeit besonders auseinanderklafft. Auch einige Berufsbranchen, die deutlich männlich geprägt sind, wie z.B. die IT, erleben derzeit einen besonderen Aufschwung. Diese sind aber i.d.R. anders/besser bezahlt als die Berufe im sozialen Bereich.

Da Frauen häufiger in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten als Männer, d.h. zum Beispiel in Minijobs, in befristeten Anstellungen oder in Teilzeit, sind sie in der aktuellen, wirtschaftlich unsicheren Lage auch hier besonders betroffen. Die Pandemie führt zu einer generellen Zuspitzung auf dem Arbeitsmarkt: befristete Verträge laufen aufgrund der bestehenden Unsicherheit oder einbrechenden Nachfrage eher aus, als dass sie verlängert werden. Beschäftigte werden, wenn möglich, in Kurzarbeit geschickt. Und Minijobs, wie z.B. in der Gastronomie, fallen teilweise einfach ganz weg.

Auswirkungen hat die Corona-Krise auch auf die häusliche Situation sowie die in Familie und Haushalt anfallende Arbeit, die oft vor allem von Frauen übernommen wird. Das hängt zum einen mit tradierten und gefestigten Rollenmustern zusammen, aber auch damit, dass Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer. Daher stecken sie in beruflichen Belangen eher zurück: Wenn jemand den Umfang der Erwerbsarbeit aufgrund von familiären Verpflichtungen (Pflege von Angehörigen, Erziehung der Kinder, Hausarbeit) unterbrechen oder reduzieren muss, macht es finanziell mehr Sinn, dass die Weniger-Verdienende das tut (i.d.R. die Frau). Der Besser-Verdienende (i.d.R. der Mann) bleibt bei seinem Arbeitsumfang oder stockt, wenn möglich, sogar

259 auf, um die Familie finanziell abzusichern. So geht es auch Sandra (33): „Erst wenn unsere Gehälter
260 gleich hoch wären, würden wir über eine andere Aufteilung von Arbeit und Kinderbetreuung
261 nachdenken. Denn als Familie müssen wir über die Runden kommen – da ist die Gleichberechtigung
262 leider nachrangig.“

263 In den Bereich der unentgeltlichen Arbeit zuhause fällt in der aktuellen Pandemie auch das
264 Homeschooling. Von den Schul- und Kindergartenschließungen waren häufig Frauen besonders
265 betroffen, die sich nun ganztägig um die Kinder zu Hause kümmerten. In manchen Fällen, weil sie
266 aufgrund der beschriebenen partnerschaftlichen Arbeitsteilung sowieso mehr Zeit zuhause
267 verbrachten oder weil ihre Jobs eher von Kürzungen betroffen waren. In anderen Fällen, weil ihnen
268 diese Rolle eher zugeschrieben wurde und gesellschaftlich eine höhere Akzeptanz dafür bestand,
269 wenn die Frauen in dieser Situation zuhause blieben. Sandra (33) beschreibt, wie belastend es für
270 Familien ist, die Rund-um-die-Uhr-Betreuung zu organisieren und dass Kinderbetreuung im
271 Homeoffice für die Eltern entgegen bestehender, gesetzlicher Regelungen nicht als zumutbare
272 Betreuungsform angesehen werden kann. Hier zeigt sich wiederum ein generelles Phänomen:
273 Häufig wird unterschätzt, wie viel Arbeit Kinderbetreuung mit sich bringt. Diese Arbeit wird selten
274 als die Arbeit angesehen, die sie tatsächlich bedeutet. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die
275 Kontaktbeschränkungen bestehende Unterstützungssysteme für die Familien weggebrochen sind,
276 z.B. Unterstützung durch die Großeltern, Beschäftigung von Kindern in Ganztagsangeboten,
277 Sportgruppen, Vereinen usw., was den Druck auf die Eltern, insb. die Frauen, erhöht.

278 Die Herausforderungen in Familien und im Bereich von entlohnter und unentgeltlicher Care-Arbeit
279 unter Corona sind groß. Dabei bleibt es wichtig, sensibel für die darin enthaltene
280 geschlechterbedingte Dimension zu sein.

281 ***Wir sind gefangen in den Zwängen des Systems!***

282 Auch in der aktuellen Situation finden wir uns in einem Gesamtsystem wieder, welches wir
283 kritisieren, in dem wir jedoch stets auch selbst Teil sind. In vielen (Schutz-)Maßnahmen, die im Zuge
284 der Krise ergriffen wurden, spiegelte sich eine starke Ausrichtung unseres Tuns auf ein
285 kapitalorientiertes Wirtschaften wider. Die durch Arbeitende geleistete Arbeit ist dabei eine
286 tragende Säule. Die Arbeiter*innen selbst sind wiederum vom Einkommen in diesem System
287 abhängig. Ein Ausbruch – etwa zum Schutze der eigenen Gesundheit – ist häufig nicht möglich!

288 Angesichts der aktuellen Situation erklärten junge Menschen wie Caro (30) sich bereit, Urlaubstage
289 zu nehmen (die nicht unbedingt der Erholung dienten) oder in einer eingeschränkten
290 Rahmensituation (etwa im Homeoffice) zu arbeiten: „Wir wurden gebeten, frei zu machen. Das
291 hängt auch mit anderen, bereits geplanten Urlaubstagen oder grundsätzlich freien Tagen
292 zusammen. Ich habe nun Urlaubstage auf diese Zeit gelegt oder auch freie Tage vorgezogen. Ein
293 Freund hat zum Beispiel aber schon seinen gesamten Jahresurlaub verbraucht. Es gibt eine gewisse
294 Art Druck oder Verpflichtung, frei zu machen. Das ist kein Zwang. Und ich habe auch sonst eine
295 gewisse Bindung an die Arbeitszeit meiner Chefin, was meinen Urlaub angeht. Ein Grund dafür, jetzt

frei zu machen, ist, dass es gerade durch ausfallende Veranstaltungen nicht viel zu tun gibt. Es gibt auch den Druck, Überstunden abzubauen.“ Es gibt eine gewisse, kulturell verankerte Selbstverständlichkeit, dass der*die Arbeitnehmer*in sich gegenüber ihrem*r Vorgesetzten fügt, auch wenn dies Nachteile mit sich bringt und die persönliche Planungsfreiheit einschränkt. Die Abhängigkeit der Arbeitenden von den Entscheidungsträger*innen manifestiert sich.

Wir erleben gerade durchaus, dass ein Bewusstsein dafür entsteht, dass in unserer aktuellen Form des gesellschaftlichen Gesamtgefüges Einiges schief läuft. Prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen kommen besonders in Krisen wie dieser zum Vorschein. Beispielsweise wird bei der Anerkennung der Leistungen von Angestellten im Care-Bereich Handlungsbedarf erkannt. Anna (31) kritisiert jedoch auch, dass ein Klatschen der Menschen nicht helfe, wenn zuvor Hamsterkäufe getätigt werden und mittelfristig keine Verbesserung hinsichtlich der Entlohnung und der Wertschätzung geschieht, weil die Maßnahmen nur punktuell wirken. Über einen Pflegebonus hinaus ist bislang keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegenden in Sicht. Wenn nicht mit den Betroffenen über deren tatsächlichen Anliegen und Bedürfnisse gesprochen wird und diese selbst zu Akteur*innen werden, können wir diese Gesellschaft nicht nachhaltig verändern!

URTEILEN

Die aktuelle Situation löst in uns und bei den jungen Menschen eine große Sorge und Ohnmacht aus. Wir sehen uns der Ungewissheit gegenüber, wie lange die Situation noch andauern und welche Folgen sie nach sich ziehen wird. Wir fühlen uns getrieben angesichts der Aufgaben und Erwartungen, die an uns gerichtet werden, und brauchen Zeit, die Situation zu begreifen.

Die aktuelle Situation löst in uns und bei den jungen Menschen eine große Sorge und Ohnmacht aus. Wir sehen uns der Ungewissheit gegenüber, welche Folgen die Situation nach sich ziehen wird. Die gegenwärtigen weltweiten Realitäten machen die bereits bestehenden Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten sichtbarer und verschärfen sie. Es wird umso deutlicher, wie nötig und wichtig der Kampf für eine andere Welt ist, bei dem wir Teil sind und zu dem wir berufen sind.

Einerseits sind wir dankbar, dass es staatliche Regelungen zum Schutz der Einzelnen gibt. Andererseits sind wir wütend über die derzeitige Situation, über mangelnde Anerkennung und Unterstützung. Nationalistische und profitorientierte Entscheidungen des Staates und von Unternehmen lösen Unverständnis aus.

Solange wir nicht selbst von der Krankheit oder den Folgen handlungsunfähig gemacht werden, sehen wir uns berufen und in der Pflicht, für die Belange junger Menschen in unsichereren und prekärer Lebensrealitäten einzustehen – auch weltweit.

Der Wert des Menschen, unabhängig von seinem Wohnort, seiner Herkunft, seinem Geschlecht, etc., muss das zentrale Leitmotiv all unseres gesellschaftlichen Handelns sein und nicht etwa der Profit. Alle Menschen sollten gleiche Chancen auf angemessene Bildung, einen gleichen Zugang zu Ressourcen erhalten – unabhängig von deren finanziellem und sozialem Hintergrund. Wir

Stellungnahme der Bundesleitung der CAJ Deutschland – Oktober 2020

Gegen die Prekarisierung und Ausbeutung, für eine solidarische Gesellschaft – in Krisenzeiten und darüber hinaus!

wünschen uns, dass wir unsere Werte und Grundrechte leben können und dass der Grund „Corona ist wichtiger“ nicht als allmächtiges Argument gewertet wird. Das Gesundheitssystem sollte allein auf den Erhalt der Gesundheit der Menschen abzielen und sich nicht der klassischen, kapitalistischen Marktlogik unterwerfen. Die öffentliche Daseinsvorsorge steht im Dienst des Menschen!

Die Annahme einer von Gott gegebenen Würde und Berufung eines jeden (jungen) Menschen zieht unabdingbar nach sich, dass der Mensch im Mittelpunkt alles Wirtschaftens stehen muss. Entscheidungen dürfen sich nicht am Kapitalertrag einer Gesellschaft orientieren, sondern müssen sich am Mehrwert für die Menschen selbst ausrichten. Menschenleben dürfen nicht am Geld hängen. Das gilt für Krisenzeiten genauso wie sonst auch! Denn die gemachten Beobachtungen sind keine alleinigen Phänomene dieser Krise, sondern prägen unsere Gesellschaft seit langem.

Im Rahmen des 2019 beschlossenen [Bundesaktionsplans unter dem Motto „Berufen, eine andere Welt zu erkämpfen“](#) haben wir eine Vielzahl an Elementen einer Vision aufgestellt, von denen viele auch in diesem Kontext Geltung haben. Exemplarisch seien die folgenden Aspekte unserer Vision aufgeführt (S. 50ff.):

- Arbeit in den Familien und insgesamt Sorgearbeit ist eine gemeinsame Aufgabe der Gesellschaft, die gewürdigt und unterstützt wird, auch finanziell. Sie wird nicht auf einzelne abgewälzt. Auch zwischen den Geschlechtern gibt es eine gute und gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit.
- Wir wünschen uns, dass wir in einer klassenlosen Welt leben, die die Ausbeutung der Menschen stoppt und die Menschenwürde achtet sodass Jede*r ein faires und chancengleiches Leben führen kann!
- Wir wollen, dass der Mensch wichtiger ist als das Kapital, als Profitmaximierung. Wir wollen eine Welt, in der die Arbeit und die Wirtschaft so organisiert sind, dass sie dem Menschen dienen.
- Wir wollen Gleichberechtigung in allen Lagen des Lebens, damit alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben! Es soll keine Benachteiligung oder Ausschluss, beispielsweise wegen Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung geben. Dafür muss individuelle Förderung ermöglicht werden.
- Wir fordern: EMPOWERMENT der Arbeiterschaft! Wir stärken das individuelle Selbstvertrauen und somit die gesamte Solidargemeinschaft!
- Wir wünschen uns eine Welt, in der die Solidarität das Fundament und der Nährboden ist und in der Menschen sich dafür verbünden
- Jeder Mensch soll sich da wohlfühlen, wo er oder sie ist, und wo er oder sie einen großen Teil seiner Zeit verbringt (sowohl auf der Arbeit als auch Zuhause).
- Wir wünschen mehr Menschlichkeit und weniger die Ansicht, dass wir Arbeitstiere sind, denn wir sind Individuen und soziale Wesen und wir alle sind wertvoll.
- Wir wünschen uns eine Welt mit echter Mitbestimmung und in der junge Menschen Mut und Lust bekommen ihre Ideen einzubringen und mitgestalten
- Wir möchten in einer Welt leben, in der die Ressourcen gemeinschaftlich und nachhaltig genutzt werden

374 **HANDELN**

375 Wir wollen in individuellen und kollektiven Aktionen handeln. Wir müssen konkrete
376 Herausforderungen bewältigen, und gleichzeitig wollen wir erkennen, was wir nachhaltig verändern
377 können. Wir gehen offen auf andere zu, um den persönlichen Kontakt aufrecht zu erhalten, denn die
378 Solidarität und Freundschaft untereinander gibt uns Kraft für unseren gemeinsamen Kampf für eine
379 andere Welt, eine andere Gesellschaft. Wir möchten unseren persönlichen Konsum und unser
380 Handeln darauf ausrichten, die kleinen, regionalen und fairen Erzeuger*innen zu unterstützen und
381 den großen Sieg nach dieser Krise nicht denn eh schon großen Gewinner*innen überlassen.

382 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass junge Menschen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens
383 unter den Folgen der Krise leiden. Um eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation dieser
384 Menschen zu ermöglichen, haben wir folgende Forderungen:

- 385 • Wir fordern den Ausbau von öffentlichen Gütern:
 - 386 ○ Von kostenlosem Internet, um den Zugang zu Mitgestaltungsmöglichkeiten zu
 - 387 gewährleisten
 - 388 ○ Von öffentlichen Räumen, wie Parks oder großen Versammlungsräumen, um Orte
 - 389 zu schaffen, an denen sich junge Menschen organisieren können.
- 390 • Wir fordern eine Überkapazität an öffentlicher Infrastruktur, beispielsweise im
- 391 Gesundheitswesen, damit diese für weitere Krisen gewappnet ist.
- 392 • Wir fordern einen guten und bezahlbaren Wohnraum für alle.

393 Es gilt zudem, eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen zu verhindern, die Frauen zurück in
394 den häuslichen Bereich und Männer in die Rolle der Haupt-/Alleinverdiener drängt. Und sich für eine
395 Aufwertung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit in unserer Gesellschaft einzusetzen (vgl.
396 Beschluss „[Care Arbeit aufwerten, Geschlechterrollen aufbrechen](#)“).

397 Im Sinne einer kollektiven Aktion begrüßen wir Anliegen wie das Corona-Grundeinkommen oder die
398 Räumung der Flüchtlingslager, da sie im Sinne unserer Forderungen und Beschlüsse sind. Dennoch
399 braucht es langfristige Veränderungen, da diese Probleme nicht erst in einer Krise zu Tage kommen!

400 Wir bekräftigen demnach unsere Beschlüsse zu einem notwendigen [bedingungslosen](#)
401 [Grundeinkommen](#) und zur [Arbeitszeitverkürzung](#) von 2018. Wären diese Forderungen bereits
402 umgesetzt, so wäre ein Handeln zugunsten der Menschen in der gegenwärtigen Situation um
403 einiges besser möglich. Die [Vision einer menschenwürdigen und gerechten Arbeit](#) (2015) ist noch
404 lange nicht erreicht und unsere Forderungen zur Bekämpfung prekärer Arbeit und einer
405 [Reregulierung des Erwerbsarbeitsmarktes](#) (2016) zeigen gerade ihre hohe Relevanz.

406 In Bezug auf die Situation an den Außengrenzen Europas unterstützen wir die derzeitigen
407 Forderungen vieler Organisationen zur Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen und
408 verweisen auf unsere [Vision einer Migration in Würde](#) (2019).

409 Diese Krise zeigt nur einmal mehr, wie wichtig der Aufbau einer gerechten, solidarischen und
410 menschenwürdigen Gesellschaft ist. Die Worte unseres Gründers Joseph Cardijns gelten nach wie
411 vor: „Vorwärts, vorwärts – wir stehen erst am Anfang!“.